

## AHV ausbauen, zweite Säule schmälern

### Forderungen der SP zu den Sozialwerken

Bern, 15. Aug. (sda) Die SP Schweiz will die zweite Säule zurückbinden und dafür die AHV stärken. Im Blick auf den Wahlkampf hat sie am Freitag in Bern 15 Reformvorschläge für das Dreisäulensystem der Sozialwerke präsentiert. Vor den Medien im Bundeshaus geisselte Parteipräsidentin Christiane Brunner die «massiven Angriffe» der bürgerlichen Parteien auf die Sozialversicherungen. Entgegen dieser «Stimmungsmache von rechts» sei unser Sozialsystem sicher und finanzierbar, sagte sie. Es gehe aber darum, einzelne Schwächen auszumerzen.

Nach Ansicht der SP hat die Börsenkrise vor allem die Schwachstellen der zweiten Säule aufgezeigt. Insbesondere in der überobligatorischen beruflichen Vorsorge seien Korrekturen nötig. Die überrassene Sparquote müsse gesenkt werden, um die Kaufkraft zu steigern und die Volkswirtschaft zu beleben. Gestärkt werden müsse im Gegenzug die «stabile, effiziente und kostengünstige» AHV, forderte Nationalrätin Christine Goll (Zürich). Die heutige Monatsrente von 2110 Franken für Alleinstehende sei vom Verfassungsziel der Existenzsicherung weit entfernt. Langfristig müsse sich die AHV an der Mindestlohnforderung von 3000 Franken orientieren, meinte sie.

#### Last älterer Arbeitnehmer senken

Fürs Erste schlägt die SP vor, die Altersgutschriften der Über-55-Jährigen in der zweiten Säule von 18 auf 15 Prozent zu senken und so die Belastung der älteren Arbeitnehmer zu verringern. Mit den frei werdenden Mitteln lasse sich die AHV um 55 Franken aufstocken, sagte Nationalrat Rudolf Rechsteiner (Basel-Stadt). Effizienzsteigerungen ermöglichten eine Erhöhung um weitere 10 Franken. Zudem verlangt die SP, die Steuerbefreiung für die berufliche Vorsorge auf den doppelten Satz des heutigen Obligato-

riums – das heisst auf 151 000 Franken – zu beschränken. Eine höhere Rente brauche es für die von der Bundesverfassung vorgeschriebene «angemessene Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung» nicht. Scharf ging Brunner mit den Privatversicherungen ins Gericht, die in der überobligatorischen zweiten Säule machen könnten, was sie wollten. Die SP verlangt auch für das Überobligatorium einen einheitlichen, verbindlichen Umwandlungssatz zur Berechnung der Renten. Die Privatversicherungen müssten ihre Rechnungsgrundlagen nach verbindlichen Grundsätzen offenlegen.

#### Gegen Erhöhung der Altersgrenzen

Nationalrat Stéphane Rossini (Wallis) schliesslich sagte der von Sozialminister Pascal Couchepin angepeilten Erhöhung des Rentenalters den Kampf an. Der Staat müsse zuerst dafür sorgen, dass mehr Beschäftigte tatsächlich bis zur heutigen Altersgrenze arbeiten könnten, meinte er. Davon hänge auch die finanzielle Sicherung der Sozialwerke ab.

Nationalrat Jost Gross (Thurgau) wehrte sich gegen die «Panikmache» bei der Invalidenversicherung (IV). Die Praxis der IV sei eng mit dem Arbeitsmarkt verbunden: Unter dem Druck des Shareholder Value seien die Nischenarbeitsplätze für weniger Leistungsfähige verschwunden. Wer das verkenne, diffamiere Rentenbezüger und Rentenbezügerinnen als Scheininvaliden, fügte er an. Die IV müsse die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wieder stärker fördern, verlangte Gross. Unternehmen mit überdurchschnittlich vielen Teilbehinderten sollten Steuererleichterungen erhalten. Die Renten müssten feiner abgestuft werden, damit die Teilzeitarbeit von Behinderten nicht länger mit Rentenverlust bestraft werde.